

## Stellungnahme Totalrevision des Gesetzes über die Niederlassung und den Aufenthalt

Die Stellungnahme wurde am 11. Dez 2025 um 21:50:41 Uhr erfolgreich übermittelt.

**Thematik:**

Totalrevision des Gesetzes über die Niederlassung und den Aufenthalt

**Teilnehmerangaben:**

SP Kanton Luzern  
Theaterstrasse 7  
6002 Luzern

**Kontaktangaben:**

Kanton Luzern  
Justiz- und Sicherheitsdepartement  
Postfach 3768  
6002 Luzern

E-Mail-Adresse: [jsdds@lu.ch](mailto:jsdds@lu.ch)

Telefon: 041 228 59 17

**Teilnehmeridentifikation:**

201145

## Fragekatalog

Aussage	Zustimmung
Sind Sie mit der Anpassung der Begrifflichkeiten Haupt- und Nebenwohnsitz an das kantonale Gesetz über die Harmonisierung amtlicher Register (Registergesetz) einverstanden? (§ 3 Abs. 1)	Stimme zu
Sind Sie damit einverstanden, dass eine An-, Um- und Abmeldung durch Gemeinden von Amtes wegen vorgesehen wird? (§ 7)	Stimme eher zu
Sind Sie damit einverstanden, dass künftig auf die Hinterlegung eines physischen Heimatscheines verzichtet wird? (§ 9)	Stimme zu
Sind Sie mit der Erhöhung der Busse und dem Wegfall des Ermessens, ob überhaupt eine Busse ausgefällt wird, einverstanden? (§ 12)	Stimme nicht zu

## Text-Rückmeldungen

Bereich	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung
Erläuterungen zur Vernehmlassungsbotschaft Totalrevision des Gesetzes über die Niederlassung und den Aufenthalt (Neu: Gesetz über das Einwohnermeldewesen)		Keine Antwort	Keine Antwort
Entwurf Gesetz über das Einwohnermeldewesen (EMG)		Keine Antwort	Keine Antwort
Weitere Bemerkungen	Weitere Bemerkungen	Der Name des Gesetzes soll geschlechtergerecht oder -neutral formuliert sein, beispielsweise "Gesetz über die Bevölkerungsmeldung" oder "Gesetz über die Meldung der Einwohnerinnen und Einwohner" oder "Gesetz über das Meldewesen in den Gemeinden".	Der Begriff "Einwohner-" bezieht sich nur auf die männliche Form. Dies ist nicht mehr zeitgemäss und entspricht auch nicht den bestehenden Leitlinien. Ansonsten ist auch das Beibehalten des bisherigen Titels eine Möglichkeit.
Weitere Bemerkungen	Weitere Bemerkungen	§11 Busse Auf die "muss-Formulierung ist zu verzichten. Die "kann-Formulierung soll beibehalten werden.	Durch die "muss"-Formulierung entsteht grosser Bürokratischer Aufwand - gerade für grössere Gemeinden. Da sich betroffene Personen oftmals in prekären Wohn- und finanziellen Verhältnissen befinden, entstehen durch diese Bussen Aufwände, die nur schwer je gedeckt werden können. Klare Vorgaben zur Verhältnismässigkeit und Ermessensspielräume sind zu präzisieren. Härtefallklauseln für Menschen in prekären Lebenssituationen sind zwingend.

Bereich	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung
Weitere Bemerkungen	Weitere Bemerkungen	Weitere Anliegen	<p>Trotz der Anpassungen gibt es weitere Regelungen, die bei der Totalrevision berücksichtigt werden müssen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Auch wenn mit der Digitalisierung eine Vereinfachung erfolgt, muss in der Umsetzung auf einfache, aber rechtssichere Sprache geachtet werden. Von dem profitieren sowohl die Bevölkerung als auch die Behörden.</li> <li>• Klare Regelungen betreffend dem Wohnsitz von Minderjährigen (gerade in Wohnmodellen wie der alternierenden Obhut oder dem "Nestmodell") oder von Asylsuchenden sind zu treffen und damit Lücken zu schliessen.</li> </ul>
Weitere Bemerkungen	Weitere Bemerkungen	Für die Meldung von Amtes wegen (Gemeinden) sowie für die Meldepflichten der Vermieterinnen und Vermieter sind sorgfältige Verfahrensstandards zu etablieren. Es sind klare Grenzen des Informationsaustausches zu fordern und eine aktive Information der Bürger:innen betreffend der Informationen und der Verwendung, die von ihnen verlangt, weitergeleitet und gespeichert werden.	<p>Es ist klar, dass für vollständige und aktuelle Register ein zuverlässiger Datenfluss erforderlich ist. Die Klärung der Meldepflichten wird begrüsst. Jedoch ist auch ein sorgfältiger Umgang mit den Daten gefordert. Der Daten- und Persönlichkeitsschutz ist zwingend zu garantieren. Die Bürger:innen müssen jederzeit darüber Bescheid wissen, welche ihrer Daten wo gespeichert sind. Gerade beim Zusammenspiel verschiedener Systeme, ist dies wichtig. So kann auch verhindert werden, dass Missverständnisse entstehen und Bürger:innen allfällig unverschuldet oder aus Nichtwissen gebüsst werden.</p>